

Dieter Zeller

Fraktion AL/Grüne



Die Zukunft der Altenpflege

Der Stadtseniorenrat und der Gemeinderat haben die Stadtverwaltung um einen Bericht zur Tübinger Strategie zur Sicherung der Pflege/Seniorengerechte Teilorte und Quartiere gebeten. Dieser liegt nun vor und zeigt: Es gibt bereits heute nicht genügend Pflegeplätze, und alle derzeit geplanten Ausbaumaßnahmen werden nicht verhindern, dass bis 2030 das Defizit von jetzt 43 auf 182 Pflegeplätze steigen wird. Alarmierend ist, dass durch den Mangel an Pflegekräften bereits heute die vorhandenen Pflegeplätze nicht vollständig belegt werden können. Bei der ambulanten Pflege sieht es nicht besser aus.

Eine Liste von Maßnahmen, die die Stadtverwaltung im Bericht vorschlägt, zeigt, welche Herkulesaufgabe vor uns liegt: Massiver Ausbau von Pflegeplätzen in Kernstadt und Teilorten, Hilfe beim Aufbau von Pflege-WGs, mehr Unterstützung/Entlastung pflegender Angehöriger, Projekte zur Nachbarschaftshilfe, Förderung gemeinschaftlicher Wohnformen und barrierefreien Wohnens und anderes mehr (Vorlage 528 a/2017).

Das bereits akute Problem des Fachpersonalmangels droht sich schnell zu verschärfen. Bei der Personalgewinnung könnte die Stadt zum Beispiel durch Hilfe bei der Wohnraumbeschaffung etwas beitragen, oder durch Unterstützung von Ausbildungsgängen für Migrantinnen. Vor allem müssen Bundes- und Landesregierung umgehend die Rahmenbedingungen verbessern. Die Altenpflegerinnen brauchen verlässliche Dienst- (und Freizeit-)planung, damit sie nicht die Freude am Beruf verlieren. Das geht nur, wenn die Teams ausreichend Personal haben, um Ausfälle zum Beispiel durch Krankheit ausgleichen zu können. Dazu sind ausreichende gesetzliche Personalmindestgrenzen nötig.

Eine Berufsstandvertretung wie für andere Berufe ist nötig, damit die Pflegerinnen Gehör in den gesellschaftlichen und politischen Gremien erhalten. Auch die Entlohnung darf großzügiger sein, und es muss massiv geworben werden, damit mehr Menschen diesen Beruf ergreifen. Dabei sollen nicht nur die Jungen angesprochen werden, auch Ältere, die umschulen wollen, sind willkommen.

Wir beabsichtigen deshalb, mit einer deutlich formulierten Resolution des Tübinger Gemeinderats Hilfe und Unterstützung vom Land, dem Bund und den zuständigen Verbänden einzufordern. *Privatbild*